

Wie sieht's in Amerika aus?

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **2 (1947)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-889935>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie sieht's in **AMERIKA** aus?

Dr. HUGO KRAMER

Der Wahlsieg der Republikanischen Partei hat neuerdings die Aufmerksamkeit auch bei uns wieder auf die Entwicklung in den Vereinigten Staaten gelenkt. Wohin geht der Weg Amerikas? Was haben wir von ihm für die nächste Zukunft zu erwarten? Welche Kräfte sind zur Zeit drüben am Werk? Ich will versuchen, auf solche Fragen eine vorläufige Antwort zu geben, gestützt namentlich auch auf Eindrücke, die ich vergangenen Sommer in den Vereinigten Staaten bekommen habe.

Wirtschaft und Individualismus

Zwei äußere Eindrücke überwältigen wohl jeden ausländischen Besucher, der zum ersten Mal nach den Vereinigten Staaten kommt. Einmal die ungeheure Größe dieses Landes. Man kann ja hier eigentlich überhaupt nicht mehr von einem Land reden; die USA. sind ein ganzer Erdteil mit einer großen Anzahl von Einzelländern innert ihren Grenzen. Der größte Einzelstaat der amerikanischen Union, Texas, ist so groß wie Frankreich, Holland, Belgien, Elsaß-Lothringen und die Schweiz zusammen! Und die Entfernungen in diesem Riesenreich sind einfach phantastisch; von New York bis San Francisco z. B. ist es so weit wie von Lissabon bis ans Kaspische Meer am Rande von Turkestan. Strecken zu fahren oder zu fliegen wie von Bern nach Stockholm ist einem in Amerika bald etwas Alltägliches.

Mit dem Eindruck von der gewaltigen Größe der Vereinigten Staaten verbindet sich sofort ein zweiter Eindruck: dieses Land bekundet eine ganz außerordentliche **W i r t s c h a f t s k r a f t**. Mit Staunen haben wir alle die Leistungen verfolgt, die Amerika

während des Krieges vollbrachte; daß seine Werften imstande waren, zuletzt in acht Tagen ein Transportschiff von 10 000 Tonnen (vom «Liberty»-Typ) zu bauen, klingt fast märchenhaft. Und doch ist es Tatsache. Nachdem wir die Union von Norden nach Süden und von Westen nach Osten durchstreift hatten, wunderte uns auch wirklich nichts mehr, was wir an Beispielen von der anscheinend grenzenlosen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Amerikas sahen und hörten. Wir besuchten industrielle Mammutbetriebe — Ford mit seinen 80 000 Arbeitern ist noch fast ein Zwerg neben seinem großen Konkurrenten, den General Motors in Detroit, die an die 200 000 Arbeiter beschäftigen —, lernten die mächtigen Schlachthäuser und Konservenfabriken in Chicago kennen, standen vor dem größten Staudamm der Welt, dem Grand Coulee-Damm im äußersten Nordwesten der Vereinigten Staaten, der in ein paar Jahren geschaffen worden ist unter Ableitung eines der größten Ströme Amerikas, des Columbia Rivers. Wir wanderten in den so unheimlich schnell aufgeschossenen Millionenstädten herum, deren jüngste, Los Angeles, den Ehrgeiz hat, die größte Stadt der Welt zu werden, bestaunten den tollen Luftverkehr auf den mächtigen Flugplätzen, die schon wieder zu klein zu werden beginnen für den sich sozusagen täglich steigernden Verkehr — überall trat uns ein Bild von Schaffenskraft, Leistungsfähigkeit und unbändigem Zukunftsglauben entgegen, das uns keine irgendwie im menschlichen Bereich liegende Aufgabe als unlösbar erscheinen ließ.

Und was dabei immer ganz besonders zu beachten bleibt: die amerikanische Wirtschaft ist aufs stärkste von individualistischem, auf möglichst raschen und großen persönlichen Gewinn ausgehenden, als von ausgesprochen kapitalistischem Geiste beherrscht. Die Vereinigten Staaten sind im Zeitalter des aufsteigenden Kapitalismus begründet und erschlossen worden; der Kapitalismus gilt deshalb drüben als die amerikanische Wirtschaftsform, während alles, was nach Sozialismus oder Kommunismus, ja auch nur nach gelenkter, das private Gewinnstreben zügelnder Wirtschaft aussieht, als unamerikanisch erklärt und aufs bitterste bekämpft wird. Und zwar lebt dieser Geist nicht nur in den oberen und mittleren Schichten des amerikanischen Volkes; er hat weithin auch die Arbeiter-

schaft erfaßt, die noch immer größtenteils dem Glauben huldigt — der angesichts der Tatsachen eine grausame Täuschung ist —, jeder Prolet habe die Möglichkeit, selbst Unternehmer oder doch sonst ein reicher Mann zu werden, und die deswegen wenig Lust zeigt, ein Wirtschaftssystem beseitigen zu helfen, das ihr vermeintlich die herrlichsten Aufstiegschancen bietet.

Kapitalistische Ordnung

Der Kapitalismus ist in Amerika durch den Krieg noch weiter erstarkt. Er erlebt gegenwärtig geradezu eine Renaissance. Allein im letzten Kriegsjahr, 1944, haben die Aktiengesellschaften in den USA, trotz den hohen Steuern einen Reingewinn von 9,9 Milliarden Dollars gemacht, über sechsmal soviel wie im Jahre 1938. Und seit Kriegsende wachsen die Profite noch mehr; die *N a c h h o l - u n d W i e d e r a u f b a u - K o n j u n k t u r*, die jetzt in den Vereinigten Staaten herrscht, hat ein eigentliches Unternehmungsfieber erzeugt, das unsere schweizerische Nachkriegs-Hochkonjunktur noch in den Schatten stellt. Dazu kommt die innere Festigung, die — so sieht es wenigstens zunächst aus — der amerikanische Kapitalismus erlebt hat. Auf der einen Seite hat sich die industrielle Produktion noch rascher als bisher in großen und größten Unternehmungen *k o n z e n t r i e r t*; die Zahl der Unternehmungen mit bis zu 10 000 Arbeitern hat sich während des Krieges fast verdoppelt, diejenige der Riesenunternehmungen (über 10 000 Arbeiter) sogar siebenfach. Auf der anderen Seite ballt sich die Kapitalmacht in immer weniger Hände zusammen, haben doch schon vor dem Krieg — seither liegen keine Angaben vor — nur 250 große Gesellschaften rund um zwei Drittel der gesamten industriellen Produktionskraft der Union beherrscht; 106 davon wurden von bloß acht zentralen Bankengruppen «kontrolliert». Die Entwicklung zum *M o n o p o l k a p i t a l i s m u s* ist in keinem Lande so weit fortgeschritten wie in den Vereinigten Staaten, die heute zum eigentlichen Bollwerk des Weltkapitalismus geworden sind.

Was wunder, daß der amerikanische Kapitalismus auf allen Fronten zur *O f f e n s i v e* übergegangen ist. Jahrelang befand er sich ja in der *D e f f e n s i v e*; der große Wirtschaftszusam-

menbruch, der Ende der zwanziger Jahre erfolgte, hat ihn eine Zeitlang recht kleinlaut und gefügig gemacht und ihn die umfassenden planwirtschaftlichen und sozialreformerischen Maßnahmen Roosevelts — den sogenannten New Deal, den Neuen Plan — widerwillig zwar, aber doch ohne allzu starken Widerstand hinnehmen lassen. Jetzt ist das anders geworden. Nicht nur ist der große Präsident tot; auch die äußeren Umstände scheinen dem Großkapital so günstig, daß es gleich nach Kriegsende begonnen hat, sich aller Fesseln zu entledigen, die seiner «Privatinitiative», seinem rücksichtslosen Gewinnstreben der New Deal und dann die Kriegsnotwendigkeiten angelegt hatten. Mit Ingrimm denunzieren seine Wortführer, seine Presse, seine Agenten alle Staatseingriffe in die Wirtschaft als sozialistisches Teufelswerk; die Demokratische Partei sei geheimen kommunistischen Einflüssen unterlegen und habe sich dazu hergegeben, eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, die nicht nur unamerikanisch sei, sondern auch geradenwegs zum Ruin des Wohlstandes der Vereinigten Staaten führen müsse. Man könne direkt lächerlich-groteske Beispiele dieses Sozialisten- und Kommunistenwahns erwähnen. Wo immer wir in Amerika hinkamen, in welchen Kreisen wir verkehrten, was für eine Zeitung, was für ein politisches Buch wir aufmachten — überall trat uns eine ans Krankhafte grenzende Erbitterung über den «sozialistischen» Kurs der bisherigen Regierungspolitik und eine sogar in Europa nur selten anzutreffende Angst vor dem Kommunismus entgegen.

Nach den Wahlen

Der Wahlsieg der Republikanischen Partei, der noch größer ist, als man ohnehin erwarten mußte, ist wesentlich auf diese Stimmung in der amerikanischen Wählerschaft zurückzuführen. Die Republikaner sind seit dem Bürgerkrieg, der sie als Vorkämpfer der Sklavenbefreiung — der Freizügigkeit auch der schwarzen Arbeitskraft — gesehen hatte, mehr und mehr die Partei des Industrie- und später des Finanzkapitals geworden. Es waren darum sie, die von der heftigen Reaktion auf die New Deal-Periode und die kriegswirtschaftlichen Bindungen am ersten profitierten, und die durch eine zügellose Demagogie

die «antietatistischen» Gefühle des Publikums noch weiter aufreizen konnten. Ihr Erfolg war durchschlagend. Präsident Truman wird in seiner Hilflosigkeit gegenüber der solid republikanisch-konservativen Mehrheit der Bundesversammlung in den ihm verbleibenden zwei Jahren Amtszeit eine noch kläglichere Figur machen als schon vorher, wo er durch Festigkeit gegen rechts die Dinge vielleicht hätte anders gestalten können. Die Republikaner werden auf jeden Fall nicht zögern, ihren Sieg nach Kräften auszunützen.. Ein Hauptziel ihrer Offensive wird dabei zweifellos das neue Arbeitsrecht sein, das unter Roosevelt eingeführt worden ist.

Nach einem hundertjährigen, unglaublich schweren und blutigen Kampf um die elementarsten Menschenrechte, um Gewerkschaftsfreiheit, Streikrecht und Gesamtarbeitsverträge hat die amerikanische Arbeiterschaft endlich mit dem sogenannten Wagnergesetz im Jahre 1935 eine Rechtsstellung gewonnen, um die sie die Arbeiterschaft der meisten anderen Länder beneiden muß. Das Recht zur Gewerkschaftsbildung stand von da an nicht mehr bloß auf dem Papier; es galt nicht mehr nur, wie es z. B. bei uns der Fall ist, gegenüber dem Staat, sondern vor allem auch gegenüber dem Unternehmertum, das sich außerhalb des Gesetzes stellte, wenn es der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Arbeiter irgendwelche Schwierigkeiten machte, sich in die gewerkschaftlichen Organisationen irgendwie einmischte und eindrängte — etwa durch die so überaus beliebten «Arbeiterspione» — oder sich weigerte, mit den Vertretern der Gewerkschaft über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Daß dieses neue Recht den kapitalistischen Unternehmern ein fast unerträglicher Dorn im Auge war, kann man leicht verstehen; es bedeutete für sie den Inbegriff bolschewistischer Zerstörung derjenigen Freiheiten, auf die es ihnen in erster und letzter Linie ankam. Und es fehlte denn auch nicht an Versuchen, die verhaßte Arbeitsgesetzgebung rückgängig zu machen.

Teuerung, Streiks, Faschismus

Den Anlaß lieferte die nicht abreißende Kette von Arbeitskämpfen und Streikbewegungen, die seit etwa einem Jahr durch die Vereinigten Staaten gehen. Während des Krieges hatte die

amerikanische Arbeiterschaft auf jede größere organisierte Bewegung zur Verbesserung ihrer Lage verzichtet. Nach Aufhören der Feindseligkeiten nahm nicht nur das Kapital seine Freiheit zurück; auch die Arbeiterschaft begann wieder zu kämpfen. Aus sehr handgreiflichen Gründen. Der Wegfall der bisher nötig gewesenen Überstunden ließ den Wochenlohn der Arbeiter empfindlich sinken, oft um 20 und 30 Prozent. Gleichzeitig zogen die Preise aller täglichen Bedarfsgegenstände schärfer und schärfer an; allein der Nahrungsmittelindex stieg von 113 Punkten Ende 1941 auf 174 Punkte Mitte September dieses Jahres. Die tatsächliche Kaufkraft des Dollars fiel dementsprechend gegenüber der (amerikanischen) Vorkriegszeit um rund einen Drittel. Daß die Arbeiter und Angestellten dieser Entwicklung nicht untätig zusehen wollten, war gegeben. Und da die Unternehmerschaft trotz den gewaltigen Gewinnen, die sie im und nach dem Krieg machte, wenig Neigung zeigte, den Begehren der Gewerkschaften entgegenzukommen, so wurden Kämpfe am laufenden Band unvermeidlich. Sie endeten regelmäßig mit einem mehr oder weniger vollständigen Sieg der Arbeiter, die eben unter dem neuen Gewerkschaftsrecht eine bedeutend stärkere Verhandlungsstellung hatten als früher. Die Erbitterung der Unternehmerschaft wuchs dadurch nur noch mehr, und die Bundesversammlung machte denn auch keine großen Umstände, um ein Gesetz anzunehmen — die sogenannte Case Bill —, das der Arbeiterschaft wieder einen wesentlichen Teil der Rechte nehmen wollte, die sie durch das Wagner-Gesetz gewonnen hatte. Ja, Präsident Truman selbst brachte, als Antwort auf den freilich unglücklich ausgelösten Eisenbahnerstreik vom Mai dieses Jahres, eine Vorlage ein, die während einer gewissen Zeit für bestimmte Wirtschaftszweige jede Arbeitsniederlegung bei schweren Strafen verbieten und die betreffenden Unternehmungen nötigenfalls dem Bund unterstellen wollte. Nur der Widerstand des Senats — der unserem Ständerat entspricht — verhinderte, daß die Vorlage angenommen wurde, die weiterhin im Land als Anfang eines richtiggehenden amerikanischen Faschismus empfunden wurde. Die Möglichkeit einer Übernahme von Industrieunternehmungen durch den Staat zur Brechung von Streikbewegungen erschien der Rechten als so gefährliche Handhabe für die Sozialisierung der Wirt-

schaft, daß die Vorlage niemals Gesetz wurde. Ja, Präsident Truman legte daraufhin, durch die Beunruhigung der Linken über seinen «faschistischen» Kurs doch stutzig gemacht — die Wahlen rückten ja allmählich heran! —, auch gegen die Case Bill ein förmliches Veto ein, das durch eine neue Abstimmung in der Bundesversammlung nicht rückgängig gemacht werden konnte. Der Angriff auf das neue Arbeitsrecht blieb damit erfolglos; aber welche Kräfte heute auf diesem Gebiet in Amerika am Werke sind, das wurde doch jedem Sehenden offenbar, und es ist sehr damit zu rechnen, daß die neue republikanische Mehrheit in der Bundesversammlung den im Frühjahr gescheiterten Versuch, die Arbeiter «auf ihren Platz zu verweisen», wie man drüben sagt, mit verstärkter Energie wiederholen wird. Und da die Gründe, die zu den zahlreichen Streikbewegungen führten, nach wie vor weiterbestehen, sogar in erhöhtem Maße, denn die Teuerung wächst zusehends, so ist vorauszusehen, daß in der Zukunft die Vereinigten Staaten durch neue, heftige soziale Kämpfe werden erschüttert werden.

Der Krise entgegen

Gleichzeitig werden die kapitalistischen und individualistischen Mächte auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik alle jene Maßnahmen fördern, die das «freie Spiel der Kräfte» wiederherzustellen geeignet sind. Die beinahe vollständige Abschaffung der Preiskontrolle ist ein hinreichend deutliches Zeichen dafür, wohin die Reise gehen soll. Der Kapitalismus wird, wenigstens soweit der Staat in Frage kommt, keine wirksamen Bremsen und Lenkungsrichtungen mehr haben, und die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß die Fahrt früher oder später am gleichen Ort enden wird, wo auch die große Aufschwungsperiode der zwanziger Jahre geendet hat: im Abgrund einer **K r i s e**, die diesmal vermutlich noch schwerer sein wird als zu Beginn der dreißiger Jahre. Gleiche Ursachen — gleiche Wirkungen! Und es gibt in den Vereinigten Staaten nur wenige Leute, die einen solchen neuen Wirtschaftszusammenbruch nicht schon für einen verhältnismäßig nahen Zeitpunkt erwarteten; man glaubt im allgemeinen nicht, daß die Hochkonjunktur viel länger als bis 1950 andauern werde, was niemand verhindert,

jetzt drauflos zu wirtschaften, als werde der Aufschwung ewig dauern. Nach uns die Sündflut!

Die neue Krise wird durch zwei Kräfte im besonderen beschleunigt werden. Die eine ist die **Planlosigkeit** und die damit zusammenhängende **Vergeudung** von Kraft und Kapital, die trotz aller Organisierung und Rationalisierung die amerikanische Wirtschaft kennzeichnet. Man schätzt den Verlust von Arbeitsleistung und Kapitalaufwand, der durch die Unordnung im Wirtschaftsbetrieb entsteht, in der Industrie allein auf 40 bis 70 Prozent. Und in der Landwirtschaft steht es nicht allzu viel besser, obwohl hier die in der Roosevelt-Wallace-Zeit ergriffenen Planungsmaßnahmen viel stärkeren Bestand haben. Dem Eindruck, daß die amerikanische Wirtschaft zwar aus dem Vollen schöpft, dabei aber auch außerordentlich verschwenderisch mit ihren Hilfsmitteln umgeht, ja weithin Raubbau an Menschen und Natur treibt, kann sich gewiß kaum ein aufmerksamer Beobachter entziehen.

Die andere krisenbegünstigende Kraft, die in der amerikanischen Wirtschaft wirkt, ist die **ungenügende Verbrauchsfähigkeit** der großen Volksmehrheit. Die Produktionskraft der amerikanischen Wirtschaft ist ins Riesenhafte gewachsen; die Konsumkraft der breiten Massen ist dahinter weit, weit zurückgeblieben. Die Folge ist die zunehmende Unmöglichkeit, die enormen Gütermengen, die alle Tage auf den Markt geworfen werden, rasch genug abzusetzen, eine Unmöglichkeit, die sich in ihrem vollen Umfang zeigen wird, sobald einmal der jetzt vorherrschende Warenhunger einigermaßen gestillt sein wird. Dann wird sich die Armut, die Kaufkraftunfähigkeit, die in breiten Schichten der Bevölkerung der Vereinigten Staaten besteht, aufs neue nicht nur als das soziale Unglück erweisen, das sie immer war, sondern auch als wirtschaftliches Verderben. Und diese Armut ist nun einmal eine Tatsache, die in keiner Weise bestritten werden kann. Gewiß, Amerika ist ein reiches Land, im ganzen genommen; es ist sogar das reichste Land der Welt. Aber der Reichtum ist sehr schlecht verteilt. Eine Oberschicht schwimmt in Überfluß und entfaltet einen Luxus in der Lebenshaltung, der einfach herausfordernd ist. Und auch eine Mittelschicht des Volkes lebt recht gut und läßt sich nichts abgehen. Aber die unteren Klassen sind zumeist bö

dran. Roosevelt sagte einmal, ein Drittel des amerikanischen Volkes sei schlecht genährt, schlecht gekleidet und schlecht behaust. Und das ist eher noch zu optimistisch geschätzt. Die Statistik besagt jedenfalls, daß rund 47 Prozent aller amerikanischen Familien ein Jahreseinkommen von höchstens 2000 Dollars haben, was nach der Kaufkraft des Geldes maximal 4000 Franken in unseren Verhältnissen entspricht. Ein Fünftel der amerikanischen Familien muß mit einem Jahreseinkommen von höchstens 1000 Dollars auskommen, steht also weit unter dem normalen Existenzminimum. Und nur 2,5 Prozent aller Familien haben ein Einkommen von 7500 Dollars und darüber.

Wer sich drüben ein wenig umgesehen hat, der wird von diesen Zahlen kaum überrascht sein; wenn man nur die Wohnungsverhältnisse ansieht, die in den Vereinigten Staaten für die ärmeren Volksschichten herrschen, und zwar auf dem Lande nicht viel weniger als in den Städten, dann ist man bald im Bild über das Lebensniveau der breiten Massen. Insbesondere die N e g e r b e v ö l k e r u n g haust meistens unter geradezu scheußlichen Bedingungen; in Baltimore z. B. muß sich die schwarze Bevölkerung, die ja überall in den Vereinigten Staaten in regelrechten Ghettos zusammengepfercht ist, mit einem Gesamtwohnraum von zwei Prozent des verfügbaren Areals begnügen, während sie 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht, und in Chicago versicherte mir ein wohlunterrichteter amerikanischer Bekannter, es gebe dort von Negern bewohnte Häuser, in denen bis zu 20 Menschen in e i n e m Zimmer übereinandergebeigt, schichtweise essend, schlafend usw.

Ausblick

Alle diese Verhältnisse tragen dazu bei, eine neue Wirtschaftskrise auf die Länge unvermeidlich zu machen. Der amerikanische Kapitalismus weiß das auch ganz genau; darum sein Bestreben, die auf dem heimischen Markt nicht unterzubringende Produktion im A u s l a n d abzusetzen. Wenn das gelingen soll, dann muß der Export der Vereinigten Staaten auf etwa das Dreifache dessen gesteigert werden, was er vor dem Kriege betrug. Und ob das möglich ist, das steht noch sehr dahin. Die Forcierung der amerikanischen Ausfuhr wird auf jeden Fall die

Gefahr internationaler Verwicklungen heraufbeschwören, eine Gefahr, die umso ernster ist, als der Gegensatz zwischen dem amerikanischen Hochkapitalismus und dem Sowjetkommunismus sowieso schon den weltpolitischen Ausblick verdüstert. Von der Überwindung des amerikanischen Großkapitalismus hängt darum nicht nur für die innenpolitische, die soziale und die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten Entscheidendes ab, sondern auch für die Sicherung des Weltfriedens. Welche Möglichkeiten für eine solche Umgestaltung der amerikanischen Wirtschaftsverfassung bestehen, das ist eine Frage für sich, auf die ich hier nicht mehr eintreten kann. Es möge für heute genug sein, die Gegenwarts-lage in ganz großen Zügen umrissen zu haben, die sich uns in den Vereinigten Staaten darbietet. Nur der Überzeugung sei zuletzt Ausdruck gegeben, daß durch alle zu erwartenden Krisen und Erschütterungen hindurch diejenigen Kräfte dennoch obsiegen werden, die das amerikanische Volk zu seinen besten Leistungen befähigt und nun in zwei Weltkriegen maßgebend dazu beigetragen haben, daß Europa vor der Erniedrigung durch einen ruchlosen Militärbarbarismus bewahrt geblieben ist.

Die solidarischen Interessen zwischen

Bauer und Arbeiter

EDMUND ERNST

Wenn man vor 25 Jahren das Gefühlsleben der industriellen Arbeiterschaft beobachtete, so fand man in ihr eine gewisse Abneigung gegenüber den Bauern weit verbreitet. Und unter den Bauern bestand damals vielfach das Gefühl, daß unter diesen Arbeitern viele sind, die der Natur untreu wurden, weil sie dem besseren Verdienst und dem leichteren Leben in der Stadt nachgehen wollten.